

Volkszeitung

Nr. 77.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends, mit dem Datum des darauffolgenden Tages. Anzeigenpreis: die 7 gesp. Millimeterzeile 10 Gr., im Text 40 Gr. Stellenbesuche 50%, Angebote 25% Rabatt. Ausland 50% Zuschlag.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Zamenhofs 17, III-16
Sprechstunden des Schriftleiters täglich 5-6 Uhr.
Telephon des Schriftleiters: 28-45.

Der Abonnementspreis für den Monat November beträgt 2 Zloty, wöchentlich 50 Groschen, zahlbar beim Empfang der Sonntagsnummern. — Für das Ausland 25 Prozent Zuschlag. — Für Amerika einen Dollar monatlich.

2. Jahrg.

Die Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich.

In den sieben Jahren des Bestehens hat es Sowjetrußland verstanden, sich politisch bei den kapitalistischen Staaten durchzusetzen. Nach der Anerkennung Sowjetrußlands durch Polen, Deutschland, Italien, England, ist nun auch die Anerkennung durch Frankreich erfolgt. Von den Großstaaten fehlen also nur noch Japan und die Vereinigten Staaten. Nach Anzeichen zu schließen, sind auch diese beiden Staaten bereits auf dem Wege, den Verband der Sowjets de jure anzuerkennen. Die kleineren europäischen Staaten, die mit der Anerkennung gezögert haben, werden den Großmächten folgen müssen. Sowjetrußland ist eine Macht, die auf die Dauer nicht zu leugnen ist.

Die Anerkennung durch Frankreich ist in Sowjetrußland längst erwartet worden, obwohl es Zeiten gab, wo der Name Frankreichs der bestgehaßte in Sowjetrußland war. Doch liegt die Zeit bereits zurück. Frankreich hatte sich durch die offene Unterstützung der Wrangels und Konsorten Sowjetrußland zum Feinde gemacht. Mit dem Schwinden des Poincaristischen Regimes ist in der öffentlichen Meinung ein Umschwung eingetreten. Der Umschwung ist von der bolschewistischen Presse geschickt vorbereitet worden. Frankreich wird jetzt als ein Staat angesehen, dessen Regierung keine Interventionsabsichten hegt, sondern zu einem normalen und anständigen Verhältnis, zu dem größten Kontinentalreich der Welt zu kommen trachte, auch wenn dieses von einem in Westeuropa bekämpften System beherrscht wird. Herriot wiederum hat den Sieg der Konservativen sowie die Mißstimmung, die zwischen England und Sowjetrußland infolge des angeblichen Briefes Sinowjews besteht, geschickt ausgenützt, indem er in die offene Stelle einsprang, um dadurch noch im letzten Moment England den Rang abzulaufen. Während Macdonald die Anerkennung aussprach und die Regelung der diplomatischen Beziehungen in die Länge zog, kam von Herriot die Anerkennung sowie die Bereitschaft, Botschafter zu bestimmen, wie Schlag auf Schlag. Herbette ist der zukünftige Vertreter Frankreichs in Moskau. Dieser Name aber bedeutet ein Programm.

Mit der Anerkennung sind aber die zwischen den beiden Staaten bestehenden wirtschaftlichen und zum Teil auch politischen Schwierigkeiten noch nicht aus der Welt geschaffen. Es wird zu langwierigen Verhandlungen kommen. Die Sowjetrussische Regierung ist nüchtern; sie kennt keine Gefühlselemente und ist bis ins Mark hinein vom historischen Materialismus durchdrungen. Sie wird berechnend nach Vorteilen suchen. Der primitive revolutionäre Standpunkt, keinem der Gläubiger des zaristischen Rußlands auch nur einen Groschen zurückzahlen, wird ähnlich wie bei den englisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen den Bauern und Arbeitern in der Weise klar gemacht werden, daß die Konzessionen, die man dem kapitalistischen Frankreich wird machen müssen, eigentlich keine Konzessionen sind. Man wird nachzuweisen versuchen, daß eine even-

Kampfvorbereitung der Klassensachverbände.

Die Beschlüsse der Zentralkommission.

Dieser Tage fand in Warschau die Sitzung der Zentralkommission der Berufsverbände statt. Abg. Zulawski referierte über das Verhältnis der Verbände zu der Lage in der Industrie. Der Referent sagte: Überall dort, wo die Berufsverbände schwach sind, ist es den Arbeitgebern gelungen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Löhne herabzusetzen. Dort aber, wo eine starke Organisation besteht, ist es gelungen, die Arbeitsbedingungen aufzubessern, wie zum Beispiel in den Zuckerraffinerien, in der Naphthaindustrie, bei den Buchdruckern, Bäckern usw.

In der letzten Zeit haben die Arbeitgeber eine energische Aktion zur Liquidierung der Teuerungskommissionen unternommen, um keinen Lohnausgleich gewähren zu brauchen. Der Achtstundentag wurde in den obereschlesischen Hütten wieder auf die Dauer von drei Monaten gebrochen, obwohl Ministerpräsident Grabski zweimal versicherte, daß nach Ablauf der drei Monate der Zehnstundentag abgeschafft und der Achtstundentag wieder eingeführt wird. Diesen Worten der Regierung müssen die Verbände damit beantworten, daß sie sich zu dem stärksten Kampfe gegen die Arbeitszeitverlängerung vorbereiten. Was die Anwendung des Teuerungsindex anbelangt, so befolgt die Regierung bereits die Unternehmertaktik, indem sie den Ausgleich der Beamtenlöhne vornimmt, dagegen die Löhne der Arbeiter ungeändert beläßt.

Nach einer Aussprache wurde beschlossen:

1. Bezüglich der Arbeitszeitverlängerung werden die Verbände aufgefordert, eine Aktion um die Wiedereinführung des Achtstundentages in allen Industriezweigen einzuleiten. Gleichzeitig werden die Verbände aufgefordert, sich zum Kampf vorzubereiten.

2. In Anbetracht der Arbeitslosigkeit werden die Verbände aufgefordert, die Überstundenarbeit einzustellen.

3. Die Beibehaltung der Teuerungskommissionen muß durch energischen Kampf der Verbände mit den Arbeitgebern durchgesetzt werden.

Die Zentralkommission beriet hierauf über die Notwendigkeit einer polnisch-deutschen Emigrationskonvention, da sich die Lage der polnischen Landarbeiter in Deutschland durch den Mangel einer solchen Konvention sehr schwer gestaltet. Die bisherigen Ausflüchte der deutschen Reichsregierung in dieser Frage sind unverständlich, da die Zahlenmäßigkeit der polnischen Landarbeiter in Deutschland eine ernste Behandlung der Angelegenheit erfordert. Dieser Stand kann nicht weiter toleriert werden, da er mit der deutschen sozialen Gesetzgebung im Widerspruch steht. Infolgedessen beschließt die Zentralkommission die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung darauf zu richten, daß der Abschluß einer deutsch-polnischen Konvention notwendig ist und diese berücksichtigen müßte:

- 1) daß die Rechte des polnischen Arbeiters denen des deutschen Arbeiters nicht nachstehen dürfen;
- 2) daß die Arbeitsbedingungen durch Sonderverträge garantiert und dem polnischen Arbeiter Rechtsschutz gewährt wird und
- 3) daß zu den diesbezüglichen Verhandlungen Vertreter der Berufsverbände beider Länder zugelassen werden.

Außerdem hat die Zentralkommission beschlossen, sich an die Gewerkschaften in Deutschland mit der Bitte zu wenden, diese Forderungen der polnischen Arbeiterschaft bei der deutschen Reichsregierung zu unterstützen.

tuelle französische Anleihe, die zum wirtschaftlichen Wiederaufbau verwendet werden soll, nicht nur soviel tragen wird, daß aus den Erträgen der verbesserten Wirtschaft die Anleihe zurückgezahlt und die alten Gläubiger befriedigt, sondern daß auch noch für den Staat Einnahmen übrig bleiben werden. Frankreich hat eine Reihe von Forderungen gestellt, Sowjetrußland hat natürlich Gegenforderungen. Mit der Feststellung dieser Forderungen ist eine besondere „Kommission der Gegenrechnung“ schon seit Jahren beschäftigt.

Wie diese Verhandlungen auch ausfallen mögen, jedenfalls ist die Tatsache der Anerkennung nicht wegzuleugnen. Sie ist für Frankreichs außenpolitischen Standpunkt von größter Wichtigkeit. Der neue französische Botschafter Jean Herbette hat sich bereits in einer ganz charakteristischen Weise geäußert. Herbette sagte: „Das neue Frankreich muß seinen Pazifizierungsplan auf Osteuropa ausdehnen, in einem etappenweisen Prozeß die Fragen zu lösen suchen, die sich zwischen ihm und Deutschland, England, Belgien erheben und das Werk durch Einbeziehung Rußlands krönen, das zurzeit noch der große unbekannte Faktor ist, von dem unabsehbare Konflikte abhängen können.“

Für Polen bedeutet die Aenderung der französischen Außenpolitik eine Revision des polnischen Standpunktes gegenüber seinem

großen Nachbarn und auch gegenüber Frankreich. Wie bereits an dieser Stelle hervorgehoben, kann ein intimer Anschluß Frankreichs an die Sowjets nicht nur die polnischen Interessen berühren, sondern sogar auf Kosten Polens stattfinden. Es ist bekannt, daß die Sowjets den Rigaer Vertrag nur unterschrieben haben, weil sie keinen anderen Ausweg hatten. Mit der Grenzfestsetzung sowie die Zuerteilung Wilnas an Polen sind sie ebenfalls nicht einverstanden. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß die Sowjets mit Frankreich feilschen werden, um auf Kosten Polens Vorteile zu erringen. Die Neußerung von Herbette, daß Polen gemeinschaftlich von Frankreich und Rußland Sicherheit gegen jeden Feind erhalten könne, wenn es sich auf gewisse Grenzänderungen einlasse, darf von unserem Außenminister nicht unberücksichtigt bleiben. Herbette sagte beispielsweise in bezug der Regulierung der deutschen Ostgrenze wörtlich: „Heißer ist die Frage der Rettifizierung der Ostgrenze. Wir wissen, daß hier alle Deutschen einer Meinung sind, wir haben aber auf der anderen Seite auf das uns befreundete Polen besondere Rücksicht zu nehmen. Der einzige Weg, auf dem man dieser Frage näher treten kann, scheint mir über Rußland zu führen.“

Für die polnische Außenpolitik heißt es also gewappnet zu sein. Eine Neueinstellung gegenüber Sowjetrußland wird immer dringender. Polen

hat kostbare Jahre veräußert, um mit Sowjetrußland in politischen, vor allem aber in wirtschaftlichen Kontakt zu treten. Die Lage stellt sich heute so dar, daß wir es nicht nur verstanden, uns den russischen Absatzmarkt zu verschaffen, sondern daß wir von unsren „allerherzlichsten“ Verbündeten an der Seine auch noch politisch über's Ohr gehauen werden sollen.

Dr. R. St., Lodz.

Amerika und Rußland.

Die Frage der Anerkennung Rußlands durch die Vereinigten Staaten scheint in ein neues Stadium getreten zu sein. Die Anerkennung durch Frankreich hat starken Eindruck gemacht. Dabei aber hält man sich die Möglichkeit vor Augen, daß infolge der amerikanischen Nichtanerkennung die Ausbeutung der russischen Wirtschaftsschätze sich zu einem europäischen Monopol gestalten. Gerüchlicherweise verlautet bereits, daß die im Entstehen begriffene deutsch-französische metallurgische Union große Konzessionen in Rußland nachsuche. In Handelskreisen sucht man deshalb einen Druck auf die Regierung auszuüben, um die Anerkennung Rußlands durchzusetzen, bevor ein französisch-russischer Handelsvertrag abgeschlossen ist, damit Amerika in der Lage sei, entsprechende Verhandlungen zu führen. Es scheint, daß diese Ansicht nicht nur von den Wirtschaftlern in der Regierung geteilt wird, sondern auch die militärischen Kreise sind stark zugunsten der Anerkennung. Die russische Freundschaft dürfte wertvoll im Falle von Komplikationen im fernem Osten sein.

Die französische sogenannte de Monzie-Kommission arbeitet sieberhaft, um das Material für die demnächst beginnenden russisch-französischen Wirtschaftsverhandlungen zu sichten. Einige Vertreter der Kommission vertreten die Meinung, die für Rußland notwendigen Waren in Polen zu kaufen, da die französische Industrie für den russischen Markt nicht eingestellt ist. Frankreich würde nur den Vermittler spielen und die polnischen Erzeugnisse mit Verdienst an Sowjetrußland weiter verkaufen.

Der Senat für Herriot.

Die Amnestiefrage, die u. a. die Wiedereinstellung der im Jahre 1920 wegen Beteiligung am Streik entlassenen Eisenbahner betrifft, führte zu sehr lebhaften Debatten. Herriot mußte persönlich eingreifen. Er stellte die Vertrauensfrage. Mit 161 gegen 135 Stimmen wurde der Standpunkt der Regierung gutgeheißen. Diese Mehrheit bedeutet bei der Zusammenfassung des Senats einen starken Erfolg der Regierung. Durch diesen Sieg ist der Bestand des Kabinetts auf einige Monate gesichert, weil keine Frage zu lösen ist, die eine unmittelbare Gefahr bedeuten könnte. Auch die Angelegenheit der Botschaft beim Vatikan wird zweifellos vom Senat in einer der Regierung günstigen Weise geregelt werden. Das Kabinett kann sich dann der Weiterführung der innen- und außenpolitischen Pläne zuwenden. Eine Gefahr für den Fortbestand der Regierung könnte nur dann entstehen, wenn die Sozialisten die Regierung bei irgend einer Gelegenheit verlassen würden.

Die neuen Männer der Grabsti-Regierung.

Thugutt — Vizepremierminister, Ratajski — Inneres, Zychlinski — Justiz, Sokal — Arbeit.

Gestern hat der Staatspräsident Wojciechowski durch amtliche Schreiben die Rücktrittsgesuche der Minister Darowski (Arbeit), Wyganowski (Justiz) und Gubner (Inneres) angenommen.

Gleichzeitig unterzeichnete der Staatspräsident die Ernennungsschreiben für die nachstehenden Minister:

Cyryl Ratajski, bisher Stadtpräsident von Posen — Innenminister,

Stanislaw Thugutt, Abgeordneter der Landbevölkerung, früherer Präses der „Wyzwolenie“ — Vizepremierminister,

Antoni Zychlinski, Notar bei der Hypothekenabteilung des Warschauer Bezirksgerichts — Justiz,

Franciszek Sokal, Delegierter der Republik Polen beim Administrationsrat des internationalen Arbeitsbüros.

Um 6 Uhr abends wurde der Sejmmarschall Rataj von dieser Umbildung der Regierung in Kenntnis gesetzt.

Innenminister Ratajski erklärte Pressevertretern, daß er nur deswegen das Ministerium des Innern angenommen habe, weil sich gegenwärtig die Selbstverwaltungsgesetze im Sejm befinden und er hierzu als Kommunalfachverständiger der Regierung Rat erteilen könne. Die Ostfrage kenne er nicht, beabsichtige jedoch, einem Vizeminister diese Fragen zu übertragen. Wer dies sein wird, wisse er noch nicht. Was Thugutt und die Nachrichten betrifft, daß er die Ostfragen übernimmt, so entsprechen diese Nachrichten nicht der Wahrheit.

Vizeministerpräsident Stanislaw Thugutt ist im Jahre 1873 in Lenczyca geboren. Er war zuerst in Lodz als Arbeiter und dann als Buchhalter tätig. Gegenwärtig ist er Präses der Akt.-Ges. „Len Polski“. Für die Politik interessierte er sich erst im Kriege. Im Jahre 1915 trat er in die Legionen ein. Drei Jahre später wurde er von den Okkupanten verhaftet und ins Gefängnis in Modlin geworfen. Auf Intervention des Prinzen Max von Baden wurde er nach kurzer Zeit wieder freigelassen. In Modlin war Ministerpräsident Grabsti sein Zellengenosse. Nach dem Wiedereinsteigen Polens war Thugutt Innenminister im Kabinett Jędrzej Moraczewski. Im parlamentarischen Leben wußte er sich bald Einfluß zu verschaffen. Thugutt war längere Zeit Vorsitzender der „Wyzwolenie“, aus welcher er erst vor kurzem austrat.

Justizminister Antoni Zychlinski ist im Jahre 1876 in Polewiec geboren. Er studierte in Warschau und war in Lublin bis zu seiner Ernennung zum Notar in Warschau als Advokat in Lublin tätig. Zychlinski gehört keiner Partei an.

Innenminister Cyryl Ratajski studierte in Breslau und Berlin Jura. Seine erste Praxis übte er in Ratibor aus. Von dort ging er nach Posen, wo er bald Generaldirektor eines der größten chemischen Werke wurde. Vor drei Jahren als Präsident der Stadt Posen gewählt, wußte er die Stadtfinanzen

in Ordnung zu bringen. Ihm geht der Ruf eines guten Organisationsvoraus. Politisch bekennt sich Ratajski zu keiner Partei.

Darowski — Wojewode von Lodz.

Wie uns aus Warschau berichtet wird, soll der zurückgetretene Arbeitsminister Darowski zum Wojewoden von Lodz ernannt werden. Wojewode Garapich soll als Wojewode nach Lemberg gehen, an Stelle des zurückgetretenen Wojewoden Zimny.

Sokales.

Die Lohnforderungen in der Textilindustrie.

Wie wir erfahren, hat der Verband der Industriellen beschlossen, die ihm vom Klassenverband angebotene gemeinsame Konferenz abzulehnen. Es verlautet jedoch, daß der Industriellenverband die Forderungen ablehnen wird.

Die Firmen Pawinski & Co., Rzgowskastraße, und Kamisch, Evangelistastraße, haben die behördliche Genehmigung zur Inbetriebsetzung der dritten Schicht erhalten. Außerdem sind um die Genehmigung hierzu eingekommen: Die Lodzer Spinnererei, Siemkiewiczastraße 77, Widzower Manufaktur, Akt.-Ges. Seyer und die Spinnererei von Sokalski und Leske.

Der Lohnforderung von 23 Prozent in der Textilindustrie haben sich in der Sonnabendstimmung auch die Delegierten des Christlichen Arbeiterverbandes angeschlossen. In dieser Woche findet eine gemeinsame Konferenz aller drei Verbände in dieser Angelegenheit statt.

Arbeitslosenunterstützungen. Am Mittwoch erhalten die Arbeitslosen mit den Legitimationskarten von 1501 bis 2250 die Unterstützungen. Auch erhalten an demselben Tage die Verspäteten von Nr. 751 bis 1500 die Gelder. Die Auszahlung an diejenigen von 751 bis 1500 erfolgt am heutigen Dienstag.

Die Tischlergesellen fordern eine 50prozentige Lohn-erhöhung. Die diesbezügliche Konferenz im Arbeitsspektoral führte zu keinem Ergebnis. Die Tischlermeister schlagen eine Regulierung nach dem Prämiensystem vor.

Die Krankenkassen fordern Lohnzulage. Der Verband der Krankenkassen wandte sich bekanntlich an die Verwaltung der Lodzer Krankenkasse mit der Forderung einer Lohnzulage von 50 Prozent, um die Gehälter denen der Warschauer Werke anzupassen. Die Angelegenheit war Gegenstand der Sonnabendstimmung der Rechtskommission der Kasse, in der beschlossen wurde, die Forderungen in der heutigen Sitzung der Verwaltung zu besprechen und dieselben zusammen mit einem abzu-schließenden Gesamtvertrag zu behandeln.

Auch die Apotheker der Kasse stellten Lohnforderungen in Höhe von 47 Prozent.

Die neue städtische Badeanstalt an der Ecke der Rawrot und Wodnastr. ist am vergangenen Sonnabend eröffnet worden.

Adalises Ehe.

Roman von A. Hruszka.

(Nachdruck verboten.)

(56. Fortsetzung.)

Sein Blick mußte wieder ruhig und klar werden, durch keinerlei persönliche Stimmung beeinflusst, und dazu mußte er vor allem fertig werden mit dem, was auf ihm lastete.

Fern von Karolinenruhe hoffte er die verlorene Ruhe wieder zu finden. Er dehnte seinen Aufenthalt in Wien länger aus, als anfangs beabsichtigt war und kehrte erst nach vierzehn Tagen heim — wie er glaubte, nun gerüstet gegen alles, selbst gegen die Bosheiten einer Lo Andermatt!

Aber Leo merkte bald, daß es nicht klug gewesen war, solange fortzubleiben, daß sich daheim inzwischen manches verändert hatte und daß vor allem seine Nerven doch gelitten hatten durch den letzten Stoß, wenn es seinem energischen Willen auch gelang, sich äußerlich zu beherrschen.

Gleich am ersten Tage strömten ihm Klagen zu. Adalise, deren Leben bisher von der arbeitenden Bevölkerung völlig unbeachtet dahingeflossen war, die nur gesellschaftliche Beziehungen unterhielt und mit absichtlicher Gleichgültigkeit alle Ereignisse der Zeit übersah, machte sich plötzlich überall bemerkbar.

„Unangenehm bemerkbar!“ wie Herr Gottulan sen. dem Sohn in einer vertraulichen Unterredung mit ernster Miene auseinandersetzte. In ihrer Unkenntnis der Dinge begehrt sie Fehler über Fehler, die nicht nur böses Blut machen, sondern, wenn nicht Einhalt getan wird, deine Stellung geradezu erschüttern können!“

„Meine Stellung?“ Leo lächelte ungläubig erstaunt.

„Was hat Adalise damit zu schaffen?“

„Bisher nichts — leider! Hätte sie sich früher nur ein wenig darum gekümmert, würde sie heute die Tragweite ihres Tuns richtiger abschätzen können. So aber...“

„Zur Sache, Vater, zur Sache! Was hat meine Frau verbrochen?“

Da begann der alte Herr Adalises Sündenregister aufzuzählen. Gleich nach Leos Abreise hatte es damit begonnen, daß Adalise von Frau Knoch zwei Gastzimmer herrichten ließ und darin förmlich im Triumph das Weib des Holznechtes, deren Kind und die gelähmte Schwiegermutter unterbrachte. Eines der Hausmädchen mußte die Leute sogar bedienen, denn Frau Schrittwieser, die bisher in der Fabrik oben gearbeitet hatte, sollte sich zuerst erholen. Später war ihr ein Aufsichtsposten in der Molkerei zugeordnet. Die Kost bekamen die Leute vom Herrenschloß, denn das Kind ist im Wachsen, die Mutter und Schwiegermutter sind ohnehin unterernährt. Man kann also gar nicht genug für sie tun...“

Durch Frau Schrittwieser hatte Adalise von allerlei anderen Leuten gehört, die gleichfalls in Not seien. Zu diesen lief sie nun und teilte Geld und Lebensmittelunterstützungen mit vollen Händen aus. „Wahllös natürlich, ohne zu prüfen, immer nur dem Impuls folgend! Ein Wunder, daß sie uns nicht das ganze Volk auch noch nach Karolinenruhe schleppt, um ihm hier Kost und Wohnung zu geben!“ schloß der alte Gottulan erregt.

Leos Mund umspielte ein weiches, gerührtes Lächeln.

Das war so ganz Adalise! Weltfremd in Wirklichkeit, phantasiereich verklärend, was sie gerade anzog, ließ sie die Renner ihrer Gefühle wieder mal ohne Fägel laufen... Aber wenn es sonst Nichtigkeiten waren — diesmal stand ein großes, edles Empfinden dahinter — die erste selbstlose Herzensregung für andere, die er an ihr beobachtet hatte.

Er zuckte sorglos die Achseln.

„Darüber darfst du dich doch nicht wundern, Vater! Auch Wohltätigkeit muß gelernt werden. Adalise ist ganz unerfahren darin, schießt also natürlich über das Ziel

hinaus. Warum hast du oder Mutter sie nicht aufmerksam darauf gemacht?“

„Deine Frau? Erstens hast du uns jede Einflußnahme auf sie entzogen, ja sogar verboten. Zweitens weißt du sehr gut, daß es bei ihrem selbstherrlichen Charakter ganz vergebens gewesen wäre, lieber Leo! Als sie suchten, sich in die Fabrikangelegenheiten zu mischen, ver-lachten es ja Manfred und Wera Hilbert, aber sie wies beide höchst ungnädig zurück.“

„Wieso in Fabrikangelegenheiten?“ fragte Leo auf-hörchend.

„Ja so, das weißt du auch noch nicht! Nun die Legende ihrer „Gutefespielerei“ hat sich wie ein Lausfeuer unter den Leuten verbreitet. Natürlich wollte jeder von dieser Laune gewinnen und kam mit Klagen zu ihr. Ueber den Direktor, die Aufseher, dich — kurz, alle jam-mern ihr vor. Und sie glaubt alles, gibt den Leuten recht, bemitleidet sie und verspricht ihnen das Blaue vom Him-mel herunter. Du wirst dich wundern, mein Junge, wenn du erst den Direktor gesprochen hast und merkst, wie die Dinge hier liegen!“

„Was meinst du damit, Vater?“

„Daß sie gar nicht mehr den guten, wohlwollenden Gebieter in dir sehen seit der Geschichte mit Pinter, son- dern einen „Bedrucker und Despoten“. Den Märtyrer hast du ihnen unklugerweise in Pinter ja verschafft. Jetzt hat sich eine Partei um ihn gebildet und wartet nur deine Rückkehr ab, um dir ihre Forderungen vorzutragen. Daß es aber so weit kam, hast du nur deiner Frau Gemahlin zu verdanken, die sie ermutigt und ihnen in deinem Namen alles mögliche verspricht!“

Leo ging schweigend im Gemach auf und ab. Sein Gesicht war sehr ernst geworden.

Noch konnte er es nicht begreifen. Adalise und — Arbeiterangelegenheiten? Sie, die bisher nicht den kleinsten Gedanken an solche Dinge verschwendet und bei jeder Gelegenheit ihren Abscheu vor seiner geschäftlichen Tätig-keit betont hatte!

(Fortsetzung folgt.)

Die Rinderaufführung der deutschen Volksschule 98.

Bereits in der letzten Nummer berichteten wir über die wohlgelungene Rinderaufführung der Schule 111. Am letzten Sonntag hatten wir nun wieder Gelegenheit, eine Rinderaufführung der Volksschule 98 zu bewundern, an welcher als Schulleiter Herr Hoffmann tätig ist. Der geräumige Saal des R. G. V. d. L. G. in der Konstantinerstr. 4 erwies sich als zu klein, um alle die aufzunehmen, die gekommen waren, die Kunst unserer lieben Kleinen zu sehen. Unter den Ehrengästen sah man Herrn Alexander Wehr, sowie den Herrn Schulinspektor St. Podulko, der vom Schulleiter Herrn Hoffmann begrüßt wurde. Der Herr Schulinspektor dankte in einer Ansprache der Lehrerschaft für ihre aufopfernde Mühe und den Eltern für deren Unterstützung. Die Vortragsfolge begann mit Deklamationen. Bewundernswert war die Vortragweise, bewundernswert die klare und deutliche Aussprache der Kleinen. Was den musikalischen Teil anbelangt, so ist ganz besonders die „Träumerei“ von Schumann und Ave Maria hervorzuheben, die von dem kleinen Musiker Willy Schwarz vorgetragen wurden. Das Märchen „Kumpelstülzchen“ wurde sehr gut gespielt und hatte großen Erfolg. Lobend zu erwähnen ist der Feiertanz und zum Schluß der Tanz der Köche, welcher auf stürmisches Verlangen des Publikums dreimal wiederholt werden mußte. Alles in allem, ein glänzend gelungenes Fest. Dem Schulleiter, Herrn Hoffmann, sowie der Lehrerschaft gebührt dafür Dank, aber auch den Kleinen, die mit soviel Verständnis und Aufopferung sich den verschiedenen Darbietungen widmeten. Für den kleinen Musiker Willy Schwarz aber ein Extraplob. D. Ra...ner.

Die Stadtverordneten Milman und Lichtenstein rehabilitiert.

Wie unseren Lesern bekannt, hat die Wojewodschaft den Beschluß des Lodzer Stadtrats über den Ausschluß der beiden Stadtverordneten annulliert. Die Stadtratmehrheit appellierte gegen diese Annullierung beim Innenministerium. Dieses hat anfänglich die friedliche Beilegung des Streitfalles in der Weise vorgeschlagen, daß der Stadtrat die Wiedereinfügung durch eigenen Beschluß vornehmen soll. Die „beleidigte“ Mehrheit ließ den Termin verstreichen, so daß sich das Ministerium nunmehr gezwungen sah, auch die Appellation zu verwerfen und die Wiedereinfügung zu verlangen. Wahrscheinlich werden die beiden Stadtverordneten schon an der nächsten Stadtratssitzung teilnehmen.

Zum Abschluß eines Vertrages mit dem Elektrizitätswerk.

Wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, hat der Stadtrat vor einigen Wochen einen neuen Vertrag mit dem Elektrizitätswerk abgeschlossen, wobei die Stadt eine Beteiligung an dem Vermögen des Werkes im Betrage von 20 Prozent erhielt. Die Stadtverordneten der D. A. P. und der übrigen Opposition stimmten gegen den Vertrag. Der Stadtrat war bei der Beschlußfassung natürlich der Ansicht, daß das allgemein bekannte ganze Vermögen des Werkes in die zum Vertrag aufgestellte Bilanz aufgenommen worden war. Ueberraschend war daher am Mittwoch in der Sitzung der Kommission für allgemeine Fragen ein Antrag des Vizepräsidenten Wojewódzki. Der Vizepräsident erklärte, daß sich die Besitzer des Werkes an den Magistrat mit dem Angebot gewandt haben, das Wohnhaus des Werkes an der Ecke der Targowa- und Przejazdstraße, die Villa an der Gdanikastraße 107 und einen 15 morgigen Platz an der Lonowastraße käuflich zu erwerben. Demgegenüber beantragte der Vizepräsident die Annahme eines Antrages durch die Kommission und den Stadtrat, wonach dieses Angebot abgelehnt werden soll.

Die Stadtverordneten äußerten ihre Verwunderung darüber, daß diese Immobilien nicht in den Gesamtkomplex des Vermögens des Werkes gehören sollten und wozu die Erklärung, warum Herr Wojewódzki den Stadtrat auf diesen Stand der Dinge nicht aufmerksam gemacht hat, umso mehr, da einer der Stadtverordneten wegen eines kleineren Plages, der vom Gesamtvermögen ausgeschlossen sein sollte, intervenierte. Herr Wojewódzki antwortete darauf nur soviel, daß die Aktien des Werkes und die Bilanzen eben beweisen, daß diese Immobilien nicht zum Gesamtkomplex gehören. Die Klärung dieser Frage, die von den Stadtverordneten verschieden gedeutet wird, erfolgt in einer der nächsten Sitzungen des Stadtrats. Der Vertrag müßte unserer Ansicht nach annulliert und von Neuem durchberaten werden, da die gegenwärtige Lage wohl auch die Stadtverordneten der Mehrheit veranlassen würde, gegen den Vertrag zu stimmen.

Verhaftung von Kommunisten.

Eine Gruppe von Kommunisten wollte im Scalatheater ein Meeting veranstalten, auf dem auch Aba Krulikowski sprechen sollte. Die politische Geheimpolizei machte Jagd auf die Veranstalter, um die Versammlung nicht stattfinden zu lassen. Es wurden zahlreiche Hausdurchsuchungen durchgeführt und nachstehende Personen, die der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verdächtigt wurden, verhaftet: Josef Bracz, Andrzejka 19, Jonas Fuks, Andrzejka 28, Andreas Grzesiak, Babianicer Chaussee 19, Jan Warszawski, Nowo-Zarzewka 56 und Bronislawa Kotoszewska, Warzjanskięgo 54.

Der Prozeß wegen der Widzower Unruhen nochmals verurteilt.

Gestern sollte im Lodzer Bezirksgericht der Prozeß gegen die Arbeiter der Widzower Manufaktur stattfinden. Da Herr Oskar Kohn auch diesmal nicht erschienen ist, mußte die Verhandlung verurteilt werden. Er wurde zu 100 Zloty Geldstrafe verurteilt. Das Gericht beschloß ferner, Herrn Kohn, falls er zum nächsten Termin nicht erscheinen sollte, durch die Polizei vorführen zu lassen. Es ist standalös, daß dieser Herr durch sein Verhalten, das ihm jedesmalig nur 100 Zloty kostet und was bei Herrn Kohn wirklich keine Strafe ist, die zahlreichen Angeklagten in einem ungewissen Schicksal beläßt.

Herr Kohn fügte dieser Klage eine Privatklage um 2000 Zloty Ersatz für den bei den Unruhen ihm zugefügten Schaden bei. Das Gericht verwarf diese Klage, worauf der Rechtsanwalt des Herrn K. erklärte, daß es seinem Mandatgeber nur um die moralische Bedeutung des Urteils gehe. An die Eintreibung des Geldes würde Herr Kohn nicht denken.

Ein Zündholzmonopol beabsichtigt die Regierung demnächst einzuführen.

Seine Geliebte ermordet. Im Dorfe Syberja, Brzeziner Kreis, ermordete am Freitag durch Messerfische der Landwirtssohn Josef Stachowski seine 21-jährige Geliebte Sofia Lasza. Die beiden hatten ein Liebesverhältnis, als dessen Folge die 3 in gesegnete Umstände geriet. Da sie sich weigerte die Leibesfrucht zu lösen, entstand zwischen den beiden ein Streit. S. in Wut geratend, tötete seine Geliebte und warf sie in den Brunnen. Mit Mühe gelang es der Polizei, ein Lynchgericht der Dorfbewohner zu verhindern. S. wurde dem Lodzer Gefängnis eingeliefert.

„Das Postamt“ von Rabindranath Tagore.

In unserer Besprechung über dieses Bühnenspiel haben wir der Theaterdirektion gegenüber den Wunsch ausgedrückt, das „Postamt“ zu wiederholen, wenn möglich mit einem kurzen einleitenden Vortrag über den großen Indier und seine Werke zu versehen. Wie uns nunmehr mitgeteilt wird, ist die Theaterdirektion unserem Wunsche dadurch nachgekommen, daß das „Postamt“ am Donnerstag zum ersten Mal wiederholt werden wird. Gleichzeitig übersandte uns der Hilfsregisseur des Deutschen Theaters, Herr Rolf Hauser, eine Einführung zu diesem Bühnensstück, die wir in der Donnerstagnummer zum Abdruck bringen werden. Wir machen schon heute unsere Leser in empfehlendem Sinne auf die Aufführung dieses Stückes aufmerksam.

Vom Deutschen Theater.

Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Mittwoch, den 19. November, um 8 Uhr 15 Min., Wiederholungsabonnement Nr. 7, „Die Reise in die Mädchenzeit“. Donnerstag, den 20. November, Premierabonnement Nr. 8, „Das Postamt des Dichtersfürsten Rabindranath Tagore“ und „In Ewigkeit Amen“, ein Gerichtsstück in einem Akt von Anton Wildgans. Der Kartenvorverkauf findet täglich von 11—1 und von 4—7 Uhr an der Tageskasse der Scala, Tel. 113, und bei Firma Arno Dietel, Petrikauerstraße 157, Tel. 27,94, statt.

Vereine.

Preisverteilung des Sportvereins Pogon. Am Sonnabend den 15. ds. Mts. veranstaltete der Sportverein „Pogon“ in den Sälen des Meistervereins zum Abschluß der diesjährigen Sportzeit ein Fest, verbunden mit einer Preisverteilung für die Sieger des am 7. Oktober auf der Dabrower Chaussee veranstalteten Radrennens. Freudige Feststimmung herrschte in den dichtgefüllten Sälen. Nach einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, Herrn Sinsler, wurde zur Preisverteilung geschritten. Enthusiastische Beifallsstürme wurden den Siegern dargebracht. Gleichfalls erhielt die „Elf“ Abzeichen für ihr aufopferungsvolles Spiel in der diesjährigen Fußballzeit. Unter einem donnernden Hipp-hipp-hurea verließen die Schwänke „Am Pferdesuß“ sowie „Ein freudiges Ereignis auf der Polizeiwache“ aufgeführt. Die Schwänke wurden mit großem Beifall aufgenommen. Beschäftigt waren die Damen P. Eberl, E. Schulz und H. Ebert sowie die Herren Paul Köhler, E. und A. Heine, O. Polgrabia und A. Wagner. Nach Erledigung des Programms kam der Tanz zu seinem Recht. Bei Spiel und Tanz amüsierten sich die Gäste bis zum frühen Morgen. Jeder, der auf diesem Feste war, ging mit dem Wunsche nach Hause, bald wieder an einer Festveranstaltung des Sportvereins „Pogon“ teilnehmen zu dürfen. Den Herren Veranstaltern, vor allem dem Vorsitzenden, Herrn Sinsler, gebührt für die wohlgelungene Veranstaltung Anerkennung. Preise erhielten: Richard Wisniowski, Hermann Geher, Edmund Walter, Otto Brauer, Adolf Krebs, Karl Groß, Richard Sinsler, Karl Auerbach, Boleslaw Penczak, Adam Leszczynski, Bed, Fel, Berger, Majewski und Mintke. Die erwähnten Herren gehören alle dem Sportverein „Pogon“ an. Außerdem gelangten aber auch noch Preise an Mitglieder anderer Sportvereine zur Verteilung. B—r.

Den Bericht über die Generalversammlung des Turnvereins „Kraft“ müssen wir Raummangels zurückstellen.

Theaterverein „Thalia“, Lodz Deutsches Theater

im Gebäude der „Scala“, Cegielniana 18 Dir.: Dr. Robert Lohan.

Mittwoch, den 19. November 1924: Beginn 8 Uhr 15 Min.:

Wiederholungsabonnement Nr. 7.

Reise in die Mädchenzeit

Lustspiel in 3 Akten von Alexander Engel und Hans Sahlmann.

Donnerstag, den 20. November 1924: Beginn 8 Uhr 15 Min.:

Premierenabonnement Nr. 8.

„Das Postamt“

Bühnenspiel in 2 Akten von Rabindranath Tagore.

„In Ewigkeit Amen“

Ein Gerichtsstück in 1 Akt von Anton Wildgans.

Kartenvorverkauf von 11—1 und 4—7 Uhr bei Firma Arno Dietel, Petrikauer 157, und an der Tageskasse der Scala.

Kleine politische Nachrichten.

Das polnisch-amerikanische Schuldenabkommen unterzeichnet. Das Abkommen über die Konsolidierung der polnischen Schulden ist bereits unterzeichnet worden. Die Bedingungen sind die gleichen wie für die Rückzahlung der englischen Schulden.

Vertrauensvotum für Mussolini. In der italienischen Kammer hat Mussolini eine große politische Rede gehalten, in der er u. a. den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als Notwendigkeit für die ruhige Entwicklung in Europa hinstellte. Für Mussolini sprachen sich 315 Faschisten aus, gegen die Regierung stimmten außer der bisherigen Opposition noch die Gruppe des Giolitti. Der Stimme enthielten sich 26 Kriegsteilnehmer sowie die Anhänger Orlandos.

Die Fährung in Spanien. Der „Matin“ meldet nach englischen Quellen, daß die Erregung in Katalonien und Navarra andauert. Ein großer Teil der Truppen beabsichtigt, die bisherige Haltung zu ändern. Trotz der Hinrichtung in Barcelona und Pampeluna ist wahrscheinlich die Meuterei noch nicht unterdrückt. Viele Sozialisten, Republikaner und Liberale sind in Barcelona, Valencia und Madrid verhaftet worden.

Von der Deutschen Arbeitspartei.

Vertrauensmännerrat. Die Sitzung des Vertrauensmännerrats findet am Sonnabend, den 22. d. Mts., 7 Uhr abends, statt. Zu derselben werden sämtliche Vertrauensmänner eingeladen. Deren Anwesenheit ist dringend erforderlich.

Landesparteitag der D. S. P.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei hält am 7. und 8. Dezember d. J. in Bielefeld ihren Landesparteitag ab. Die Tagesordnung desselben umfaßt u. a. Referate über die politische Lage, die Taktik der Partei, Organisation, Frauenbewegung und Jugend- und Kinderfreundebewegung. Die Deutsche Arbeitspartei Polens wurde zu dem Parteitag eingeladen und wird Vertreter hierzu entsenden. Die Wahl der Delegierten erfolgt in der nächsten Sitzung des Hauptvorstandes.

Aus dem Reiche.

Der Alexandrower Stadtrat fordert die Wiedereinfügung des Bizebürgermeisters A. Bengsch.

Am vergangenen Donnerstag fand die zweite Sitzung der Alexandrower Stadtverordnetenversammlung statt. Die Leitung derselben lag in den Händen des Bürgermeisters Pfisterer.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Unter-schlagung des früheren Bürgermeisters Rawla und des Sekretärs Wesołowski. Einstimmig wurde beschlossen, die Eintreibung der unterschlagenen Summen auf gerichtlichem Wege einem Rechtsanwalt zu übertragen und den Staats-anwalt davon in Kenntnis zu setzen.

Hierauf wurden die vom Magistrat vorgeschlagenen Standgelder für den Viehmarkt gutgeheißen. Beschlossen wurde von fremden Gemeinden für den Unterhalt der Armen dieser Gemeinden im städtischen Armenhaus zwei Zloty täglich einzufordern.

Das Gesuch der Elektrizitätsgesellschaft um Erhöhung des Strompreises auf 85 Groschen pro Kilowattstunde wurde abgelehnt, dagegen eine Ermäßigung des Preises auf 60 Groschen beschlossen.

Angenommen wurde der Magistratsantrag, wonach vor der katholischen Kirche und vor den städtischen Markthallen Gartenanlagen errichtet werden sollen. Die R. P. A. sprach sich dagegen aus. Weiter wurde beschlossen, eine städtische Badeanstalt zu errichten. Die Wirtschaftskommission wurde beauftragt, diesbezügliche Projekte vorzubereiten.

In Sachen der Amisuspensionierung des Bizebürgermeisters Alexander Bengsch wurde von der Fraktion der D. A. P. der nachfolgende Antrag eingebracht:

Der Hohe Stadtrat wolle beschließen:

Der Stadtrat von Alexandrow stellt fest, daß die Amisuspensionierung des Bizebürgermeisters Alexander Bengsch nicht mit dem Art 8 des Dekrets vom 4. Februar 1919 über die städtischen Selbstverwaltungen übereinstimmt. Der besagte Artikel sagt ganz klar, daß ein Mitglied der Gemeinde, das ein Amt auf Grund von Wahlen bekleidet, nur dann von diesem Amte suspendiert werden kann, wenn es zu gerichtlicher Verantwortung gezogen wird für gesetzwidrige Vergehen, die ihm laut Gesetz das Wahlrecht absprechen. Bizebürgermeister Bengsch wurde jedoch zur gerichtlichen Verantwortung nicht gezogen. Es ist gegen ihn nur eine Strafuntersuchung eingeleitet. Daher ist es klar, daß eine gesetzliche Unterlage zur Suspendierung nicht vorhanden ist. Die Anordnung der Suspendierung erscheint umso mehr sonderbar, weil die gegen Bengsch erhobenen Vorwürfe nicht der Wirklichkeit entsprechen und nur auf Grund von Parteihoch entstanden sind.

In Anbetracht der vorstehenden Motive und unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Tätigkeit des Bizebürgermeisters Bengsch für die Stadt Alexandrow sehr nützlich und seine Mitarbeit in der Stadtverwaltung erforderlich ist, bittet der Stadtrat die Aufsichtsbehörden um die Zurückziehung der Anordnung der Amisuspensionierung des Bizebürgermeisters Alexander Bengsch.

Dieser Antrag, der sofort an die Aufsichtsbehörden weitergeleitet wird, wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der vier Stadtverordneten der R. P. A. angenommen. Die Aufsichtsbehörden haben nun das Wort. Hierauf wurde ein Antrag der Fraktion der D. A. P. einstimmig angenommen, wonach die Einnahmen des Schlachthofes fortan nicht mehr in die Kasse des Sejmik, sondern in die Stadtkasse fließen sollen, wie dies übrigens in allen Selbstverwaltungen der Fall ist.

Die Sitzung wurde um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Alexandrow. Abendkurse für die Mitglieder der D. A. P. In der letzten Sitzung des Ortsvorstandes der D. A. P. wurde beschlossen, Abendkurse für erwachsene Mitglieder der D. A. P. einzurichten. Gelehrt wird: Polnisch, Deutsch und kaufmännisches Rechnen. Außerdem finden Vorlesungen wissenschaftlichen und geschichtlichen Charakters statt. Anmeldungen werden in der Verwaltungsführung der Ortsgruppe an den Montagabenden entgegengenommen.

— Ein Schulfest. Am Sonntag veranstaltete die deutsche 7klassige Volksschule ein Schulfest. Die Ansprache wurde vom Pastor Bierschenk, Sompolno, gehalten, worauf der Schulleiter J. Huf die Begrüßungsrede hielt. Sämtliche Lieder, unter der Leitung des Herrn Huf und von den Kindern gesungen, waren gut. Ganz besonders gut gelang die Aufführung des Märchenspiels „Der Froschprinz“. Starker Beifall lohnte die kleinen Darsteller für vorzügliches Spiel. Zum Schluß ergriff noch der Schulvorstand, Herr A. Frey, das Wort, der im Namen aller Eltern den Lehrern für ihre mühevollen Arbeit, für das Gelingen des Festes, sowie ganz besonders für die Arbeit auf dem Gebiete des Schulwesens selbst dankte. Es darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß sich der Schulvorstand, Herr A. Frey, um das deutsche Schulwesen in Alexandrow sehr verdient gemacht hat, wofür alle Deutschen Alexandrows ihm Dank wissen.

Paters. Diskussionsabend. Am Sonnabendabend hielt der Vorsitzende des Lodzer Vertrauensmännerats der Deutschen Arbeitspartei, Gustav Ewald, den ersten Diskussionsabend. In den einleitenden Worten schilderte der Referent die Aufgaben der D. A. P. und die von der Partei geführte Aufklärungsarbeit. Alsdann blieb er bei der Weltpolitik stehen und analysierte die Friedenspolitik Macdonalds, die Außenpolitik des polnischen Staates, die Ansätze der Reaktion auf die sozialen und wirtschaftlichen Erregungen der Arbeiterschaft usw. Die gutbesuchte Versammlung, an der auch jüdische Arbeiter teilnahmen, nahm das Referat mit starkem Beifall auf.

Pabianice. Feuer. Am Sonnabend brach in Karniszewice im Gehöft des Landwirts Roman Seidel Feuer aus. Die Scheune sowie Stallungen wurden ein Raub der Flammen. Anker der diesjährigen Ernte verbrannten noch 3 Pferde, 5 Kühe sowie 2 Schweine. Es besteht der Verdacht, daß Brandstiftung vorliegt.

Tomaszow Mühlenbrand. In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch entstand in der Dampfmühle von Emil Jekner, Kalksicherstraße, durch Heißlaufen der Lager ein Brand. Derselbe entwickelte sich in ganz kurzer Zeit derart, daß die gesamte Mühle im Laufe einer Stunde niederbrannte. Die sofort eingetretene Feuerwehr, die sich mit seltener Energie an die Bekämpfung des Feuers machte, konnte das angrenzende Motorhaus retten und die Weiterverbreitung des Feuers verhindern. Die Pächter der Mühle, die an den Wiederaufbau derselben herantreten wollten, mußten vorläufig darauf verzichten, da ihnen infolge Nicht-einzahlung der letzten Versicherungsrate die Versicherungsprämie nicht ausbezahlt wird. Der durch den Brand verursachte Schaden ist groß, da bedeutende Getreide- und Mehlvorräte mitverbrannt sind.

— Diskussionsabend. Am Sonnabend, den 15. November, fand in der hiesigen Ortsgruppe der Deutschen Arbeitspartei Polens der erste Diskussionsabend statt. Seitens des Hauptvorstandes erschien der Stadtverordnete Ludwig Kuf als Referent. Redner machte die Versammlung mit der gegenwärtigen Lage der Weltpolitik bekannt und ging dann auf die politische Außenpolitik über. Nachdem die Tätigkeit des Außenministers Strayniski bezw. die des Abg. Niedzialkowski von der P. P. S. in Genf entsprechende Beleuchtung erfahren hatte, ging der Referent in dem anderthalbstündigen Referat auf die Wirtschaftspolitik, die gegenwärtige traurige Lage der Arbeiterschaft und die Sorglosigkeit der Regierung in diesen Fragen über. Es folgte hierauf die Beleuchtung der gegenwärtig im Sejm befindlichen Selbstverwaltungsgeetze und der den Krankenkassen drohenden Gefahr durch die Novelle, die von der Endecja eingereicht worden ist. Zum Schluß referierte Stadtverordneter Kuf über die gegenwärtigen Arbeiten der Partei im Sejm und den Stadträten. Das Referat fand warme Aufnahme.

— Die Tomaszower Krankenkasse kaufte dieser Tage einen 20 Morgen großen Nadelwald an, der zu Heilzwecken und zur Errichtung eines Sanatoriums verwendet werden soll.

Die Wirtschaftslage Polens.

Die schwere Krise der polnischen Wirtschaft hält weiter an.

Die Grundlage dieser Krise ist die ungemeine Verarmung des Landes in der Nachkriegszeit. Im „Manchester Guard. Commercial“ vom 31. August finden wir einen äußerst interessanten Auszug aus dem Bericht der Vereinigung der polnischen Banken.

Das gesamte Kapital der größten 27 Banken Polens betrug:

| | Milliarden Papiermark | Millionen Zloty |
|------------------------|-----------------------|-----------------|
| Ende Januar 1923 . . . | 13,7 | 2,18 |
| „ März | 17,8 | 2,12 |
| „ Juni | 20,3 | 1,40 |
| „ September | 38,2 | 0,62 |
| „ Dezember | 239,0 | 0,20 |

Das Goldkapital der Banken ist im Verlaufe dieses Jahres auf ein Zehntel zusammengeschmolzen. Bei Beginn der Stabilisierung betrug das Gesamtkapital der 27 größten polnischen Banken nicht mehr als 200 000 Goldfranken, und obwohl diese Ziffern infolgedessen unrichtig sind, als ja die Gebäude und Einrichtungen allein mehr wert sind, geben sie doch ein Bild über die Konsequenzen der Inflation. Ein anderes Beispiel: Die Depositionen dieser Banken stiegen von 26 Milliarden Anfang 1923 auf 527 Milliarden im Dezember, aber ihr Wert, in Gold ausgedrückt, fiel von 4 Millionen Zloty auf 1 Million.

Dieser Kapitalschwund erklärt die ungemein hohen Zinsraten. Die Regierung hat formell ein Gesetz erlassen, das die jährliche Zinsrate auf 24 Prozent festlegt, die aber nicht eingehalten wird.

Die Armut des Landes widerspiegelt sich auch in den Daten des Budgets und des Geldumlaufes. Die Ausgaben des polnischen Staates betragen in diesem Jahre zirka 1,5 Milliarden Goldfranken. Für ein Land von 24 Millionen Einwohnern eine sehr niedrige Summe, weniger als die Hälfte pro Kopf in Deutschland. Der Geldumlauf zeigt zwar ein allmähliches Steigen, betrug aber am 31. August noch immer nur 430 Millionen Zloty, also pro Kopf der Bevölkerung zirka 14 Zloty, eine unglaublich niedrige Summe.

Es ist ungemein schwer, statistische Daten über die Produktion in Polen zu geben. Amtliche Zahlen geben an, daß im Juli die industrielle Arbeiterschaft im Durchschnitt wöchentlich 4,98 Tage beschäftigt war (Frankfurter Zeitung vom 23. September). Das Blatt bemerkt hierzu, daß diese Zahl kaum mit der starken Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Krise in Einklang zu bringen ist. Amtlich wird die Zahl der Arbeitslosen im Oktober mit 170 000 angegeben, dürfte aber bedeutend größer sein.

Die Lage der Kohlenindustrie im Krakauer Becken ist seit einiger Zeit so ungünstig wie nie zuvor. Die Bergwerksbetriebe im Dombrowaer Revier haben ihre Tätigkeit auf ein Minimum herabgesetzt. Nach den vielen Ausständen, die andauernd im Revier zu verzeichnen waren, nach der Animosität, die die großen Grubenbetriebe immerzu gegen die Inhaber der kleineren Gruben des Dombrowaer Revieres zeigen, ist eine Krise im Abzug eingetreten, die sich seit längerer Zeit sehr fühlbar macht. Die Kohlen des Beckens, die schon immer gegen die ostoberschlesische Kohlen schwer abzusetzen waren, werden jetzt weit weniger gefordert als früher.

Die Eisenhütten im kongreßpolnischen Revier sind nur sehr gering beschäftigt. Die Strachowier Werke haben ihre Erzgruben ganz geschlossen, und auch die anderen Eisenwerke arbeiten mit bedeutenden Einschränkungen. Die Krise in der polnischen Eisenindustrie wird zweifellos noch sehr lange dauern, da gar keine Aussicht für eine Belebung

des Inlandabfages ist. Die Roheisenproduktion in Kongreßpolen fällt nicht in die Waagschale; wo es benötigt wird, liefern es ostoberschlesische Werke.

Was die Eingänge an Steuern anbelangt, so werden sie von den amtlichen Stellen als sehr günstig dargestellt. Insbesondere die Einnahmen aus indirekten Steuern.

Neben der schweren Krise der Kohlen- und Eisenindustrie ist es vor allem der schlechte Ausfall der Ernte, die die Wirtschaftslage Polens im nächsten Wirtschaftsjahr sehr ungünstig beeinflussen wird. Die Ernte der wichtigsten Getreidearten betrug:

| | In Millionen Doppelzentner | | |
|------------------|----------------------------|-------|-------|
| | 1922 (ohne Schlefien) | 1923 | 1924. |
| Weizen | 11,5 | 13,5 | 11,7 |
| Roggen | 50,1 | 59,6 | 45,4 |
| Gerste | 13,0 | 16,6 | 14,3 |
| Safer | 25,1 | 35,2 | 30,9 |
| | 99,7 | 124,9 | 102,3 |

Nach einer Erklärung des Wirtschaftsministeriums ist die diesjährige Ernte um 30 Prozent geringer als die Ernte im vorigen Jahre. Dementsprechend wurde auch die Einfuhr von Getreide nach Polen freigegeben und die Abgabe für die Ausfuhr von Getreide auf ungefähr das Doppelte erhöht.

Infolge der schlechten Ernte und der Krise in der Schwerindustrie ist es wahrscheinlich, daß die polnische Außenhandelsbilanz wieder stark passiv werden wird, und daß auch die erwarteten Steuern infolge der schlechten Ernte nicht eingehen werden.

Ebenso wie Deutschland und Frankreich ist auch Polen im Zuge, sein Kapital zu überfremden. Wir berichteten bereits über die Beteiligung der italienischen Kommerzbank an dem polnischen Tabakmonopol. Auch haben englische Kapitalisten eine große Goldkonzeßion in Polen erhalten, außerdem hat der Verband der Lodzer Textilindustrie zu sehr schweren Bedingungen in Amerika einen Dollarkredit von 3 1/2 Millionen in Aussicht gestellt erhalten. Um den Unternehmungen die Beschaffung von ausländischen Krediten zu erleichtern, hat der Staatspräsident eine Verfügung herausgegeben, wonach bis zur Grenze von 500 Millionen Zloty eine staatliche Garantie für Auslandskredite gegeben werden kann. Als Grundlage können dienen: Grundbesitz, Eisenbahnen, städtische Werke, bei nicht öffentlichen Unternehmungen entweder Immobilien nach Taxierungen einer Regierungskommission oder auch zur Ausfuhr bestimmte Waren bis zu einer Höhe von 50 Prozent des Marktpreises.

Diese Verfügung erleichtert einerseits die Beschaffung von Krediten, gibt aber natürlich die Möglichkeit einer großen politischen Korruption.

Aus aller Welt.

Das Erdbeben auf Java. Die Zahl der Opfer bei dem Erdbeben in Wonosobo beträgt nach einer Meldung aus Batavia 300 Tote, außerdem eine große Anzahl Verwundeter.

Eine Stadt durch Erdbeben zerstört. Nach einer Meldung aus London wurde die Stadt Salvaterra de Magos, 120 Km. von Lissabon, durch ein heftiges Erdbeben völlig zerstört. Die Bevölkerung kampiert unter freiem Himmel in der Umgebung. Auch in der portugiesischen Hauptstadt wurden die Stöße des Erdbebens bemerkt.

Zu täglich 25 Glas Wasser verurteilt. Eine draconische Strafe verhängte das Gericht in Cleveland über Jenny Reed, die zum 47. Mal wegen Trunkenheit verhaftet worden war. Das Gericht entschied, daß sie einen Monat lang jeden Tag auf dem Prohibitionsbüro zu erscheinen hat, um dort 25 Glas Wasser zu sich zu nehmen.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Stv. Ludwig Aul. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauer 109.

LUVONA

Heute Premiere! Großer amerikanischer Film aus dem spanischen Leben

Im Taumel einer Nacht

(Fascination) Großes erotisches Drama in 8 Akten ○○○○○○ In der Hauptrolle die unvergleichliche amerikanische Filmdiva Mae Murray.

Sie kaufen gut und billig
Ihre Herbst- u. Wintergarderoben gegen bar und Ratenzahlungen nur bei

„WYGODA“ Petrikauer 238
Damen- und Herren-Garderoben sowie Manufakturwaren in größter Auswahl.

Bemerkung: Bestellungen werden in den eigenen Werkstätten binnen 4 Tagen ausgeführt. (Faktualien besitzen wir nicht).

Schuhwaren
kaufen Sie billig bei R. Stoklos, Lodz, Wolczajska 161.

Zu verkaufen
Alederschrank, Glaschrank, Kommode u. Singer-Nähmaschine. Zu erfragen bei Alfons Klose, Oluwna 14, Wohnung 19.

Kleine Anzeigen
wie: Stellen-Gesuche u. Angebote, Wohnungs-Gesuche und Angebote, Käufe, Verkäufe und andere

haben in der „Lodzzer Volkszeitung“ stets guten Erfolg!

392

SPIEGEL

Fabrikpreise. Ratenzahlung.

SPIEGELFABRIK u. KRISTALLGLAS-SCHLEIFEREI

Juljusza 20